

Das Magazin für den  
öffentlichen Dienst

März 2019

# naun stadt magazin



## Proteste und Warnstreiks



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
berlin





© Michael Wittig



**Liebe Leserinnen, liebe Leser,**

wie vieler Weckrufe bedarf es eigentlich noch für den Berliner Senat? Mutet es nicht schon grotesk an, wenn eine linksgerichtete und angeblich auf soziale Wohlfahrt bedachte Landesregierung jahrelang den eigenen Beschäftigten nach Gutsherrenart schmale Einkommen verordnet, dass sogar die eher arbeitgeberfreundliche IHK höhere Bezüge für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Berlin verlangt?

Tatsächlich prügelt das von der IHK initiierte Bündnis „EINE STADT – EINE STARKE VERWALTUNG“ keineswegs wegen langer Wartezeiten, Kompetenzwirrwarr oder mangelnder Digitalisierung in den Ämtern – wie früher allgemein üblich – auf die Beschäftigten ein, sondern nennt Ross und Reiter für die Miseren, nämlich die Politik der Hauptstadt. Versteht sich, dass der dbb berlin in diesem Zweckbündnis gern Partner ist.

Völlig unbeeindruckt von den Personalsorgen der Länder zeigt sich allerdings immer noch Finanzsenator Matthias Kollatz. Als Verhandlungsführer der TdL hat er sich auch in der zweiten Runde der Einkommenstarifverhandlungen für die Landesbeschäftigten noch nicht einen Deut in Richtung der berechtigten Forderungen der Gewerkschaften bewegt.

Personalnot allenthalben und die Folgen zeichnen sich immer dramatischer ab. Zuletzt einmal mehr im Berliner Strafvollzug, bei dem es nach den zahlreichen Ausbrüchen in der Vergangenheit jetzt eine Häftlingsschlägerei fast mit Todesfolge zu beklagen gibt. Attackiert wurden auch Bedienstete. Geprüft wird jetzt, ob am Tagtag überhaupt Personal in Sollstärke vorhanden war.

Und sollte es schließlich noch eines Beweises für das höchst unsoziale personalpolitische Agieren in Berlin bedürfen, so ist in diesem Heft nachzulesen, wie rücksichtslos und unfair mit den Fahrerinnen und Fahrern der BVG-Tochter Berlin Transport verfahren wird.

Möge die Berliner Landesregierung endlich das Steuer herumreißen und sich ihrer personellen Verantwortung besinnen. Das wünscht sich und Ihnen

Ihr

*Frank Becker*  
Frank Becker,  
Landesvorsitzender

**Inhalt**

**Tarifrunde 2019**  
 Erste Proteste in Berlin 4  
 Auf Worte sollten Taten folgen 4  
 Mahnwache und Polizeiprotest 5  
 Tariftalk mit Synnöve II 6

**Meinungsaustausch**  
 Kennenlerngespräch mit  
 Monika Grütters 6

**Kampagne**  
 EINE STADT – EINE STARKE  
 VERWALTUNG 7

**Aus den Mitgliedsgewerkschaften**  
 gkl Betriebsgruppe BT/BVG:  
 Desolate Zustände 9  
 Erster Warnstreik im Nahverkehr 10  
 DJG Berlin unter neuer Führung 10  
 BSBD Berlin will lückenlose  
 Aufklärung 11  
 Richter werfen Senat Untätigkeit vor 12  
 DPolG Berlin: Unfallopfer werden  
 alleingelassen 12  
 PHV BB: Gute Schule braucht  
 gute Lehrer! 13  
 VBE Berlin: Skandal um Überlastungs-  
 anzeigen 13

**Unterhaltung**  
 Preisrätsel 14

**Kurz notiert**  
 Neue Ansprechpartnerin  
 bei der BBBank 16  
 Neuer Online-Service 16

**Impressum**

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. Telefon: 030.3279520. Telefax: 030.32795220. Internet: www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: post@dbb.berlin.

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@

dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Christiane

Polk, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigendisposition:

Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712.

Preisliste 16, gültig ab 1.10.2018. Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien,

Marktweg 42–50, 47608 Geldern. Layout: FDS, Geldern.

Fotos: wie angegeben. Titelbild: © Friedhelm Windmüller.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.





© Friedhelm Winnmüller

dbb Landeschef Frank Becker, seine Stellvertreterin Synnöve Nüchter und gkl berlin Geschäftsführer Michael McLaughlin (von rechts)

## Tarifrunde 2019: Erste Proteste in Berlin

# Sichtbares Signal an die Arbeitgeber

Am 31. Januar 2019 in Berlin haben die Mitgliedsgewerkschaften des dbb mit einer Protestaktion ein erstes Zeichen an die Adresse der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) gesetzt, die Forderungen der Arbeitnehmer ernst zu nehmen und zügig zu verhandeln.

Mit von der Partie waren auch dbb Landeschef Frank Becker und die stellvertretende Landesvorsitzende Synnöve Nüchter, die zusammen mit dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Torsten Jaehne den Tarifbereich im Landesbund abdeckt.

gemessenen Bezahlung herumzureißen. Ich freue mich über die vielen Berliner Beschäftigten, die dem Aufruf der dbb tarifunion gefolgt sind. Auch zahlreiche Beamte haben ihre Freizeit geopfert, um die Tarifforderungen zu unterstützen.“

Becker: „Wir erwarten von den Arbeitgebern ein verantwortungsvolles Handeln. Der öffentliche Dienst in Berlin ist nicht konkurrenzfähig und droht auszubluten. Es ist fünf vor zwölf, das Steuer mit einer an-

Allerdings gab es auch in der zweiten Verhandlungsrunde mit der TdL am 7. Februar 2019 keinerlei Fortschritte. Gewerkschaften und Arbeitgeber vertagten sich ergebnislos auf den 28. Februar 2019. ■

## Einladung an Politiker

# Auf Worte sollten Taten folgen!

Auch bei Politikerinnen und Politikern!, meint der dbb berlin und hat die Fraktionsvorsitzenden Silke Gebel (Grüne) und Raed Saleh (SPD) kurzerhand zur Teilnahme an Protestdemonstrationen eingeladen.

Beide hatten in jüngster Zeit sehr deutlich zur Tarifrunde 2019 Position bezogen: Saleh bezeichnete die gewerkschaftlichen Forderungen und höhere Eingruppierungen bei einer Kundgebung als längst überfällig, und Silke Gebel unterstrich, dass die Erzieherinnen nicht wieder leer ausgehen dürften.

Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einsetzen. Insofern ‚Danke‘ an Raed Saleh und Silke Gebel. Ich würde mich sehr freuen, wenn sie uns auch bei den nächsten Demonstrationen, beispielsweise am 28. Februar 2019 in Potsdam direkt vor dem Tagungshotel der nächsten Tarifverhandlungen, die aufseiten der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) durch Herrn Finanzsenator Kollatz geleitet werden, unterstützen. Ich hole beide auch gerne zur Protestveranstaltung ab.“ ■

Dazu dbb Landeschef Frank Becker: „Natürlich freuen wir uns, wenn sich Berliner Landespolitiker(innen) für eine Erhöhung der Gehälter von

Tarifrunde 2019

## Mahnwache vor Klosterstraße 59!



Thomas Goiny (stellvertretender Landesvorsitzender dbb berlin) spricht zu den Kolleginnen und Kollegen.

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes – überwiegend aus dem Bereich der Sozialen Arbeit – haben am 5. Februar 2019 vor dem Dienstsitz des Berliner Finanzsenators Matthias Kollatz in der Klosterstraße 59 eine mehrstündige Mahnwache abgehalten. Der dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach, der Vorsitzende des DBSH Berlin, Hannes Wolf, und der stellvertretende Landesvorsitzende des dbb berlin, Thomas Goiny, unterstrichen dabei nochmals die

gewerkschaftlichen Forderungen in der Einkommensrunde 2019. Goiny forderte den Senat insbesondere zu einer Stärkung des Sozialdienstes und zur zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten in Berlin auf.

Auch der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach nahm auf die angespannte Situation im Berliner Sozialdienst Bezug und verwies auf Einkommensdefizite der Berliner Beschäftigten gegenüber Bund und Kommunen von mehreren Hundert Euro pro Monat. Die Einkommen müssten nicht nur linear steigen, sondern auch in der Entgeltordnung grundsätzlich aufgewertet werden.

Hannes Wolf, Vorsitzender vom Berliner Landesverband des DBSH (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit), forderte außerdem bessere Rahmenbedingungen in der Sozialarbeit: „Personal- und Raumausstattung sind in vielen Bereichen des Sozial- und Erziehungsdienstes einfach unzureichend und die Zahl der Betreuungsfälle pro Fachkraft viel zu hoch. Das führt zu unbesetzten Stellen, hohen Krankenständen und großer Personalfuktuation.“ ■

## Polizei­protest am Alten Stadthaus

**Lautstark und mit klaren Forderungen haben etwa 600 Beschäftigte der Berliner Polizei am 15. Februar am Alten Stadthaus in Berlin demonstriert. Solidarisch unterstützt wurden sie auch von Mitgliedern der gkl berlin und des BSBD Berlin.**

Boris Biedermann, stellvertretender DPoIG-Chef in Berlin und Organisator der Demo, wollte den Protest als deutliches Signal an die Arbeitgeber verstanden wissen. Und der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer

Wendt brachte es bei der Protestveranstaltung auf den Punkt: „Die Währung für die Anerkennung unserer Leistung lautet Euro und ist nicht schon mit dem Sonntagsgerede der Politik abgegolten.“ ■



Protestmarsch der Berliner Polizei zum Alten Stadthaus

## Konstruktives Kennenlerngespräch mit der CDU-Landesvorsitzenden

In einem ersten Kennlerngespräch haben der dbb Landeschef Frank Becker und die Landesvorsitzende der CDU Berlin, Monika Grütters, die zugleich Staatsministerin für Kultur und Medien in der Bundesregierung ist, die besonderen Probleme des öffentlichen Dienstes in Berlin erörtert. Dazu zählen die gravierenden Besoldungsnachteile für die Berliner Landesbeamten ebenso wie die Nichtverbeamtung der Lehrer im Landesdienst sowie eine Vielzahl struktureller Probleme.

Für die Personalgewinnung habe das dramatische Folgen, betonte der dbb Landeschef in dem Gespräch, an dem auch der Generalsekretär und Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Stefan Evers, teilnahm.

Der Meinungsaustausch mit der CDU Berlin und auch der Fraktion im Abgeordnetenhaus soll fortgesetzt werden. ■



Wollen in Kontakt bleiben: dbb Landeschef Frank Becker, die CDU-Landesvorsitzende Monika Grütters und Generalsekretär Stefan Evers (von links)

## „Tariftalk II“ im Netz

Der Tariftalk der beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden des dbb berlin, Synnöve Nüchter und Sandra Kothe, ist in die zweite Runde gegangen. Thema der neuen Folge sind die aktuellen Tarifforderungen, die sich keineswegs auf die lineare Bezügeanpassung beschränken.



Synnöve Nüchter und Sandra Kothe (von links) geben erneut Einblicke in die komplizierte Tarifwelt.

Die dbb tarifunion hat vielmehr ein umfangreiches Forderungspaket geschnürt, das Defizite unter anderem im Jugend- oder Pflegebereich ausgleichen und die aus dem Jahre 1961 stammende antiquierte Entgeltordnung aktualisieren und erweitern will.

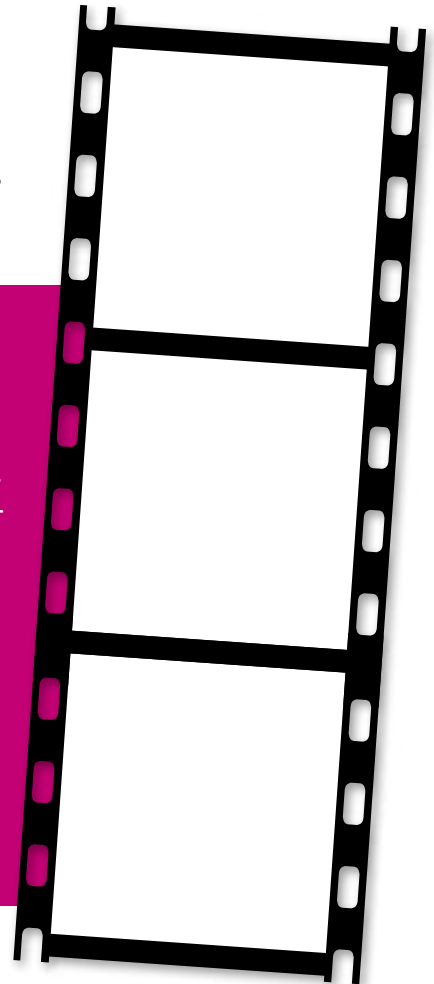
In der ersten Folge des Tariftalks hatten Nüchter und Kothe ausführlich das Prozedere von Tarifverhandlungen erläutert. ■

**Folge II  
ist abrufbar unter:**

<https://www.dbb.berlin/aktuelles/news/tarif-talk-mit-synnoeve-folge-2-die-forderungen/>

**Folge I  
ist abrufbar unter:**

<https://www.dbb.berlin/aktuelles/news/tarif-talk-mit-synnoeve-folge-1/>





dbb berlin unterstützt Kampagne

**„EINE STADT – EINE STARKE VERWALTUNG“**

Die desaströsen Folgen der jahrzehntelangen blindwütigen Sparpolitik des Senats im öffentlichen Dienst haben bereits zu erheblichen Einbußen in der Verwaltungsqualität geführt. Ein von der Industrie- und Handelskammer (IHK) Berlin initiiertes breites Bündnis davon betroffener Einrichtungen und Verbände will weitere Demontage und Stillstand verhindern und setzt sich vehement für wirksame Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Verwaltung ein.

Die Akteure des Bündnisses „EINE STADT – EINE STARKE VERWALTUNG“ wollen ein Sofortprogramm für ein modernes Stadtmanagement durchsetzen.

Der dbb berlin hat bereits seine Partnerschaft zugesagt. In einem Schreiben an die IHK Berlin zeigte sich dbb Landeschef Becker überzeugt, dass der dbb berlin als eine der beiden Spitzenorganisationen des öffentlichen Dienstes in Berlin – mit angeschlossenen 35 Fachgewerkschaften – einen wichtigen Beitrag zur Arbeit des Bündnisses leisten kann.

Lange Wartezeiten, mangelnde Digitalisierung und überfordertes Personal belasten nicht nur Berliner Bürgerinnen und Bürger, heißt es in einer von der IHK Berlin herausgegebenen Broschüre, die die Ziele und Forderungen der Initiative vorstellt. Mit über 100 Behördenkontakten im Jahr litten vor allem auch die ansässigen Unternehmen unter den Missständen. Internationale Beispiele zeigten, dass eine gute Verwaltung zu den echten Standortvorteilen zählt. Berlin könne nicht länger auf eine bessere Verwaltung warten. Die Kampagne zeige deshalb konkret auf, welche Maßnahmen schnellstmöglich ergriffen werden müssen.

**Gravierende Defizite in der Personalentwicklung**

In Sachen Personalentwicklung lesen sich dabei die vom Bündnis aufgezeigten Berliner Defizite wie eine Auflistung der seit Jahren vom dbb berlin an die Politik gerichteten Warnungen und Mahnungen. „Unterdurchschnittliche Bezahlung, unsinnige Zugangsbeschränkungen, überlange Besetzungsverfahren und unflexible Laufbahnen“ sorgen dafür, diagnostizieren auch die Bündnispartner der Kampagne, dass Berlin im umkämpften Arbeitsmarkt bei der Personalrekrutierung ausgesprochen schlechte Karten hat. Gleichzeitig sind immer mehr Einstellungen nötig, um überhaupt nur das aktuelle Personalniveau halten zu können. Zusätzlich sind aber bereits 3.500 Stellen unbesetzt und die wachsende Stadt sorgt kontinuierlich für zusätzlichen Bedarf.

© IHK Berlin

**Für die Einrichtung eines Zebrastreifens müssen sich in Berlin sieben Verwaltungseinheiten in 18 Verfahrensschritten miteinander abstimmen. Das dauert in der Regel drei Jahre.**



**Bessere Bezahlung und attraktive Aufstiegschancen gefordert**

Besonders negativ wirkt sich in diesem Zusammenhang nicht nur die unterschiedliche Bezahlung in den Bezirken und beim Land, die sich schon auf mehrere Hundert Euro belaufen kann, aus, sondern vor allem der erhebliche Einkommensrückstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Verwaltung gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen beim Bund und in den anderen Bundesländern – eine Gehaltslücke, die erst 2021 geschlossen werden soll.

Die vom Bündnis vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen für attraktive Arbeit sehen dementsprechend insbesondere eine bessere Bezahlung und attraktive Aufstiegschancen vor.

**„Verwaltungs-Pingpong“ mit den Bezirken**

Aufgeräumt werden muss nach Überzeugung der Bündnispartner aber auch mit den unterschiedlichen

Verfahrensabläufen und Strukturen in den zwölf Berliner Bezirken, die zu IT-Chaos und unnötigen Konkurrenzen speziell im Nachwuchswettbewerb geführt haben. Nicht viel besser sieht es mit der Kooperation zwischen Land und Bezirken aus: Undurchschaubarer Zuständigkeitswirrwarr, lähmende Entscheidungsbefugnisse und doppelte Arbeitsprozesse charakterisieren hier das Bild und führen teilweise zu groteskem „Verwaltungs-Pingpong“:

„Weil sich Senat, Bezirksamt und Arbeitsgruppen in 18 Verfahrensschritten einig werden müssen, dauert die Einrichtung eines Zebrastrreifens in der Regel drei Jahre“, zitiert die Kampagnen-Broschüre den „Tagesspiegel“ vom 28. März 2017.

Und die „Berliner Zeitung“ vom 18. Dezember letzten Jahres weiß zu berichten, dass die nochmalige Überprüfung bereits vom Bezirk verabschiedeter Bebauungspläne das Inkrafttreten um bis zu einem halben Jahr verzögert. Beanstandungen gibt es dabei jedoch nur höchst selten.

Die Kampagne EINE STADT – EINE STARKE VERWALTUNG zeigt Wege auf, wie effektive Steuerung und Führung in der zweistufigen Berliner Struktur gelingen kann: Die Weisungsbefugnisse des Regierenden Bürgermeisters und des Senats müssen konsequent eingesetzt und die Bezirksbürgermeisterinnen und Bürgermeister, die gegenwärtig über keinerlei alleinige Entscheidungsbefugnisse im Bezirksamt verfügen, gestärkt werden. Solche klaren Vorgaben zu Quantität und Qualität ihrer Arbeit würden nicht zuletzt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Bezirken und im Land helfen.



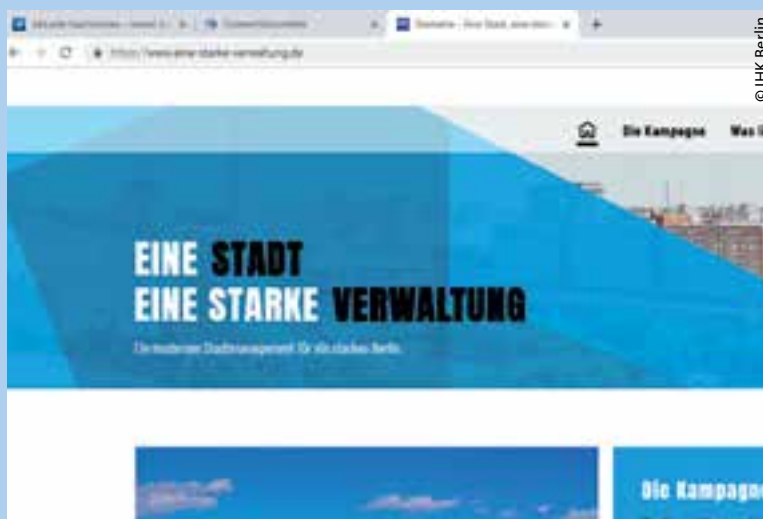
Dreh- und Angelpunkt für eine effiziente Arbeit sind aber auch in den Bezirken, wissen die Bündnispartner, ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen.

### **dbb berlin unterstützt die Kampagne**

Der dbb berlin will die Kampagne nach Kräften unterstützen und ist bereits Partner geworden.

dbb Landeschef Frank Becker: „Der dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) freut sich, als Partner der Kampagne EINE STADT – EINE STARKE VERWALTUNG zur Verfügung zu stehen. Somit sind wir in der Lage, uns – als Spitzenorganisation des öffentlichen Dienstes in Berlin – mit unseren Vorstellungen von einer effizienten, leistungsfähigen und kundenorientierten Verwaltung in die Kampagne einbringen zu können, ohne die Attraktivität der öffentlichen Hand für die Beschäftigten des Landes Berlin aus den Augen zu verlieren.“

**MEHR INFOS**



**IHK Berlin**  
Industrie- und  
Handelskammer  
zu Berlin  
Fasanenstraße 85  
10623 Berlin

Daniel Hönow:  
Telefon: 030.31510253  
Hauke Naujok:  
Telefon: 030.31510487

**WWW.EINE-STARKE-VERWALTUNG.DE**



**gkl Betriebsgruppe BT/BVG im Abgeordnetenhaus**

## Desolate Zustände bei der Berlin Transport beklagt

Das ohnehin zu knappe Personal bei der Berlin Transport (BT) wird mit einer rücksichtslosen Einteilung der Arbeitszeiten, die oft drei geteilte Dienste in einer Woche vorsieht, völlig verbrannt. In einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz im Berliner Abgeordnetenhaus, Oliver Friederici (CDU), und dem haushaltspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Goiny MdB, verwiesen der stellvertretende Landesvorsitzende der gkl berlin, Stephan Briesenick, und der gkl-Betriebsgruppenvorsitzende BT/BVG, Christian Komorowski, am 24. Januar 2019 in diesem Zusammenhang auch auf den alarmierenden Krankenstand bei der BT.

„Vierzehn Prozent Krankenstand entstehen nicht ohne Grund“, so Briesenick. Neben den Schichtlagen spielten auch die hohe Arbeitsbelastung gepaart mit nur geringer Wertschätzung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Rolle.

Tatsächlich sorgen im Konzern BT/BVG gleich vier verschiedene Gehälter für ein und dieselbe Tätigkeit für großen Unmut. Benachteiligt sind durchweg die Fahrerinnen und Fahrer der BT.

### Defekte Fahrzeuge

Aber auch die übrigen Arbeitsbedingungen bei der Berlin Transport lassen stark zu wünschen übrig bzw. verschlechtern sich kontinuierlich. Defekte Fahrzeuge kommen zum Einsatz und verursachen Ausfälle und Frust bei den Fahrgästen. Die Pausen der Fahrer werden nicht in ausreichendem Maße bei der Linienplanung berücksichtigt und der Zustand von Pausenräumen und Toiletten für Fahrerinnen und Fahrer ist alles andere als einladend.

Besonders aber leiden die Beschäftigten unter der Schichteinteilung, die im Wechsel zwei bzw. drei geteilte Dienste mit jeweils drei bzw. zwei Frühdiensten ab 5 Uhr morgens vorsieht. Ein Arbeitstag kann dann durch die Aufteilung der Arbeitszeit bis 19 Uhr andauern. Doch damit nicht genug: Einmal im Monat folgt auf drei geteilte Dienste auch noch ein Pflichtsamstag. Kein Wunder, wenn diese Schichtpläne Familienleben, Freundschaften und sonstige soziale Kontakte massiv einschränken und nicht ohne Folgen für die Gesundheit bleiben.

### Fahrerberuf aufwerten!

Für die gkl berlin ist klar: Der Beruf des Fahrers muss dringend finanziell aufgewertet werden, auch um das fehlende Personal für eine vernünftige Arbeits-



Stephan Briesenick (stellvertretender Landesvorsitzender gkl berlin), Frank Becker (Landesvorsitzender dbb berlin), Michael McLaughlin (Landesgeschäftsführer gkl berlin), vorne im Bild Oliver Friederici (MdB CDU), Christian Komorowski (Betriebsgruppenvorsitzender der gkl berlin bei der BT Berlin Transport), Christian Goiny (MdB CDU) (von links)

zeitgestaltung überhaupt gewinnen zu können. Aber auch eine bessere Wartung der Fahrzeuge ist überfällig. Es kann nicht hingenommen werden, dass Busse im Winter kühlen und im Sommer heizen und immer wieder Ersatzteile oder Werkzeuge für nötige Reparaturen fehlen.

Auch die Verbesserung der Infrastruktur wird immer wieder auf die lange Bank geschoben. Grüne Ampelphasen für Busse waren einmal angedacht und wurden aber nie umgesetzt, geschweige denn, dass vorhandene Busspuren konsequent von Falschparkern freigehalten würden.

„Und schließlich muss endlich auch eine verträgliche Lösung für fahrdienstuntauglich gewordene Kolleginnen und Kollegen gefunden werden“, mahnte Briesenick in dem Gespräch. Denkbar wäre hierin Einsatz im Sicherheitsdienst der BVG an den Bahnhöfen, der ohnedies dringend ausgebaut werden muss.



## TV-N Berlin

# Erster Warnstreik!

**Am 31. Januar 2019 hat der dbb die Tarifverhandlungen zum TV-N Berlin (Mantel) mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband Berlin aufgenommen. Wegen der schleppenden Verhandlungen kam es bereits am 15. Februar zu den ersten massiven Protesten.**

Von 3 Uhr früh bis 12 Uhr mittags standen Busse, Straßenbahnen und U-Bahnen in Berlin still und mehrere Hundert Kolleginnen und Kollegen der gkl berlin und der NahVG haben vor der Zentrale der

BT GmbH für ihre Rechte demonstriert. Schwerpunktartig gefordert werden für alle Beschäftigten im Bereich des kommunalen Nahverkehrs Berlin Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen, eine Erhöhung der Weihnachtsspendung sowie die Verlängerung des Zeitraums für den Krankengeldzuschuss. Außerdem will der dbb beamtenbund und tarifunion befriedigende Regelungen zur Fahrdienstuntauglichkeit und neue Entgeltstrukturen erreichen.

An Kampfbereitschaft zur Durchsetzung dieser Forderungen fehlt es nicht: „Wir hoffen, dass wir den Arbeitgebern mit diesem Streik die Augen für die nächste Verhandlungsrunde Anfang März 2019 geöffnet haben. Sollte dieses Signal nicht reichen, müssen wir zusammenstehen und gemeinsam den Druck erhöhen“, ließ der dbb unmittelbar nach den Protesten vom 15. Februar verlauten. ■

## DJG Berlin unter neuer Führung

**Die DJG Berlin hat bei ihrem Gewerkschaftstag am 16. Januar 2019 eine neue Landesleitung gewählt. Marcel Rose steht jetzt als Vorsitzender an der Spitze der Gewerkschaft. Seine Stellvertreter sind Ulf Melchert, Cornelia Schulz, Katharina Wiedemuth und David Bartetzko.**

Rose folgt Peter Liebheit im Amt, der nicht weniger als 36 Jahre lang Ämter in der DJG bekleidet hat, zuletzt das des Vorsitzenden. Zu den besonderen Verdiensten von Liebheit zählt, dass er zusammen mit seinen Vorstandskollegen vor Jahren die DJG Berlin vor dem Niedergang bewahrt hat.

### Abschied nach 36 Jahren

Besonders wichtig war es dem ehemaligen Vorsitzenden in den 36 Jahren Gewerkschaftsarbeit, den „kleinen Leuten“ mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und die Kooperation mit den anderen dbb Justizgewerkschaften voranzutreiben. Hierzu hat der DJG-Gewerkschaftstag jetzt mit einer Satzungsänderung die entscheidenden Weichen gestellt. Mit weiteren Satzungsänderungen wurden Beauftragte für Gleichstellung, Schwerbehinderte sowie Senioren bei der DJG Berlin installiert.

Dem neuen Vorstand hat der Gewerkschaftstag ein ganzes Aufgabenpaket mit auf den Weg gegeben:

So soll weiter an der Errichtung einer Justizakademie für die gesamte Justiz und an der Einführung einer eigenständigen Justizwachmeisterlaufbahn im mittleren Dienst mit verlängerter Ausbildung gearbeitet werden. Konkret bedeutet das unter anderem die Abschaffung des Eingangsamts A 6 im allgemeinen Justizdienst, denn die entsprechende Tätigkeit von Bürohilfen gibt es nicht mehr. Dasselbe gilt für das Einstiegsamt A 9 der Rechtspfleger im gehobenen Dienst.

Thema soll auch die nach wie vor unangemessene Besoldung bleiben, insbesondere weil das Land Brandenburg hier große Veränderungen und Fortschritte für seine Bediensteten ermöglicht hat.

Schließlich soll auch der Gedanke der Wertschätzung der Beschäftigten endlich im Berliner Landesdienst Einzug halten. Die DJG Berlin will hier einen Mentalitätswechsel und eine andere Führungskultur erreichen. ■

BSBD Berlin

# Aufklärung und hartes Durchgreifen: Jetzt!

Nach den gewaltsamen Übergriffen von Gefangenen – auch gegen Bedienstete der Justizvollzugsanstalt Heidering – am 7. Februar 2019 hat der BSBD Berlin harte Strafen für die Täter und ein Umdenken im Umgang mit lernunfähigen Inhaftierten gefordert. Außerdem verlangt der BSBD Berlin eine lückenlose Aufklärung des unerhörten Vorfalles.



Nach Medienberichten hatte die von Justizsenator Dirk Behrendt als „Zwischenfall“ herunterstilisierte Schlägerei in der JVA Heidering eher den Charakter einer Revolte, möglicherweise mit islamistischem Hintergrund. Ein Mitinsasse war dabei von Häftlingen aus Lettland, Russland und Kasachstan beinahe zu Tode geprügelt und auch eingreifende Vollzugsbedienstete waren attackiert worden.

Für den BSBD Berlin ist auf jeden Fall klar: Um Sicherheit und Ordnung in den Berliner Justizvollzugsanstalten wiederherzustellen, reicht das Verlegen gewalttätiger Gefangener in eine andere Anstalt allein nicht aus. Das gewalttätige Verhalten muss vielmehr deutliche Konsequenzen mit abschreckender Wirkung nach sich ziehen.

## Zu niedrige Personaldecke

„Sollten Berichte zutreffen, wonach die Personalstärke in der Haftanstalt am Tag der Attacke nicht dem Soll entsprach, müssen ernsthafte Konsequenzen folgen“, ließ der Berliner BSBD-Chef Thomas Goiny wissen.

Nach Einschätzung des BSBD Berlin ist ohnehin vor fünf Jahren für die Anstalt ein zu niedriger Personalbedarf berechnet worden. Ein Nachsteuern mit einigen zusätzlichen Stellen habe später wenig Wirkung gezeigt. Auch die hohe Fluktuation bei den Beschäftigten, die u. a. auf die schlechte Bezahlung zurückzuführen ist, führe immer wieder zu Engpässen.

## Hausgemachte Probleme

Der BSBD Berlin fordert den Justizsenator auf, nicht über diese Tatsachen hinwegzusehen. Die Probleme seien „hausgemacht“ und müssten jetzt dringend gemeinsam gelöst werden. Über Gewaltvorgänge jeder Art in den Justizvollzugsanstalten, insbesondere wenn Beschäftigte in Mitleidenschaft gezogen werden, dürfe nicht hinweggesehen oder geschwiegen werden. ■



## Tätowierungen im Polizeidienst

# Richter werfen Senat Untätigkeit vor

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat in einem Eilbeschluss vom 1. Februar 2019 – 4 S 52.18 – dem Berliner Landesgesetzgeber Tatenlosigkeit attestiert, die zu einem willkürlichen Umgang mit tätowierten Bewerberinnen und Bewerbern für den Polizeidienst geführt hat. Die Richter nahmen dabei Bezug auf eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts –2 C 25/17–, das bereits am 17. November 2017 auf eine rechtliche Grundlage für die Ablehnung von Bewerbenden in den Polizeidienst wegen einer sichtbaren Tätowierung gedrängt hatte.

Klar ist nämlich bislang lediglich, dass eine Tätowierung mit extremistischem, diskriminierendem, strafbarem oder rassistischen Inhalt einen Eignungsmangel für Beamte darstellt.

Dagegen bedürfe, so das OVG, die Frage, ob bei anderen Tattoos weiterhin von einer allgemeinen Beeinträchtigung der Repräsentations- oder Neutralitätsfunktion von Polizeibeamten ausgegangen werden könne, einer aktualisierten Prüfung. Es handele sich nämlich um eine gesellschaftspolitische Fragestellung, über die der Gesetzgeber eine öffentliche Debatte anstoßen müsse.

Die DPolG Berlin, die seit Langem den willkürlichen Umgang mit Tätowierungen bei der Polizei kritisiert, sieht sich in dem Urteil voll und ganz bestätigt. Persönliche Entscheidungen im Polizeiapparat oder die „jahrzehntelange Übung“ dürften kein Maßstab im Einstellungsprozedere sein. So waren bei der Polizei Berlin immer wieder Bewerberinnen und Bewerbern wegen vermeintlich zu großer oder mutmaßlich ansehensschädigender Motive abgelehnt worden.

Die DPolG Berlin erwartet jetzt endlich eine klare landesgesetzliche Regelung mit einer breit geführten gesellschaftlichen Debatte.

### Lähmender Stillstand

Für den Stillstand der Senatsarbeit ist der Streit um Tätowierungen nach Feststellung der DPolG aber nur „sichtbares“ Symptom.

Ausgebliebene Aktualisierungen von Gesetzen, Rechtsverordnungen oder einfachen Verwaltungsvorschriften lähmten nicht nur die Polizei, sondern auch die übrigen Landesbehörden zum Leidwesen von Dienstkraften und Bürgern. ■

## DPolG Berlin

# Unfallopfer werden alleingelassen!

Die Dienstunfallfürsorgestelle der Polizei Berlin ist dem Zusammenbruch nahe. Die Folge sind extrem lange Wartezeiten, bis Unfallopfer ihre verauslagten Behandlungskosten erstattet bekommen. Ein unhaltbarer Zustand, empört sich die DPolG Berlin, bei der Erfüllung ihrer Dienstpflichten verunfallte Kolleginnen und Kollegen müssen auch noch ihr sauer verdientes Gehalt über längere Zeit verauslagern. Wenn das Gehalt für die teilweise sehr hohen Behandlungskosten nicht ausreicht, fallen sogar noch Dispositionsinsen bei den Betroffenen an, für die es keinerlei Rückerstattungsanspruch gibt. Nicht selten rutscht ein Unfallopfer dadurch an den Rand der Zahlungsunfähigkeit.

„Diese Situation ist das genaue Gegenteil von Fürsorge und Wertschätzung. Der Umgang mit im Dienst verletzten Kolleginnen und Kollegen ist ein Skandal!“, beklagt die DPolG Berlin und drängt auf pragmati-

sche Sofortmaßnahmen. Konkret soll eine sofortige und ungeprüfte Rechnungsanweisung unter Vorbehalt eingeführt werden, bis die regulären Auszahlungszeiten wieder ein akzeptables Maß von 14 Tagen erreicht haben. Danach schwebt der DPolG Berlin eine Kostenübernahmebescheinigung nach dem Vorbild der freien Heilfürsorge vor.

### Senat ist verantwortlich

Grundsätzlich stellt die DPolG Berlin im Zusammenhang mit der Misere in der Dienstunfallfürsorge klar, dass der Skandal nicht den überlasteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Dienstunfallfürsorgestelle anzulasten ist.

Vielmehr trage der Senat, der die Personaldecke in den letzten 15 Jahren bis zur Arbeitsunfähigkeit ausgedünnt hat, die volle Verantwortung. ■



PHV BB



## Gute Schule braucht gute Lehrer!

Berlin gibt bundesweit das meiste Geld für die schulische Bildung aus und landet gleichzeitig bei länderübergreifenden Bildungstests regelmäßig auf den letzten Plätzen. Der PHV BB führt das vor allem auf einen gravierenden Standortnachteil der Hauptstadt bei der Rekrutierung gut ausgebildeter Lehrer zurück, nämlich die Nichtverbeamtung. Bildungssenatorin Sandra Scheeres wurde deshalb vom PHV aufgefordert, Lehrerinnen und Lehrer in Berlin wieder zu verbeamten, wie es jetzt in allen (!) anderen Bundesländern praktiziert wird.

„Die Verbeamtung ist keine Prinzipienfrage mehr, sondern zur Gewinnung von gut ausgebildeten Lehrkräften schlicht notwendig“, heißt es in einem Schreiben der PHV-Vorsitzenden Kathrin Wienczek an die Senatorin. Einzelne Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung, wie die jetzige Stundenerweiterung in den Kernfächern, gingen zwar in die richtige Richtung, könnten aber ohne gute und vollausgebildete Lehrerinnen und Lehrer ihre Wirkung auch nicht voll entfalten.

VBE Berlin



## Überlastungsanzeigen interessieren Senatsverwaltung nicht!

Überlastungsanzeigen von Berliner Lehrkräften kommen bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie erst gar nicht an. Aus der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Mario Czaja (CDU) im Abgeordnetenhaus geht vielmehr hervor, dass die Verantwortlichen in der Senatsverwaltung diese unliebsame Aufgabe den Schulleitungen zugeschoben haben, sodass die Anzeigen die Schulen überhaupt nicht verlassen.

Als zynisch und verächtlich verurteilt der VBE Berlin dieses Verfahren, das die Gleichgültigkeit der Bildungs-senatsverwaltung gegenüber der Gesundheit der Lehrer offenbare. Denn an der von der Senatsverwaltung vorgegebenen unzureichenden personellen

Ausstattung und ständigen Aufgabenverdichtung an den Schulen können die Schulleitungen nichts ändern.

„Nicht die Schulleitungen haben in erster Linie die Verantwortung für die Gesundheit und Arbeitsbedingungen der Berliner Lehrerschaft, sondern die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie“, stellt die Berliner VBE-Vorsitzende Heidrun Quandt deshalb klar. „Es ist ein Skandal, dass die politisch Verantwortlichen sich noch nicht einmal mit den Überlastungsanzeigen der Lehrer beschäftigen. Sind sie doch im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht gehalten, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Gesundheit ihrer Mitarbeiter schützen.“







## Neue Ansprechpartnerin bei der BBBank

Seit Jahresbeginn ist Gabriele Homola neue Ansprechpartnerin des dbb berlin bei der BBBank. Die 56-jährige Urberlinerin ist jetzt als Landesdirektorin für den öffentlichen Dienst in Berlin zuständig.



© Victor Homola

Gabriele Homola, die vielen bereits aus ihrer langjährigen Funktion als Regionaldirektorin Berlin bekannt sein mag, ist seit fast vier Jahrzehnten eng mit dem öffentlichen Dienst verbunden. Acht Jahre lang war sie sogar selbst als Angestellte in der öffentlichen Verwaltung tätig. Mit diesen Insiderkenntnissen hat sie sich von Beginn ihrer Tätigkeit bei der BBBank im Jahre 2005 an auf die Beratung von Kunden aus dem öffentlichen Dienst sowie aus Verbänden und Gewerkschaften spezialisiert.

Die neue Landesdirektorin hat ein Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin absolviert und ist Inhaberin eines Abschlusses als Zertifizierte Vertriebsleiterin an der ADG.

Von Kunden und Kollegen wird Gabriele Homola wegen ihrer Ehrlichkeit, ihres Verantwortungsbewusstseins und ihrer Kontaktfreudigkeit, Empathie und Hilfsbereitschaft geschätzt. ■

### Neuer Online-Service

## Bei Pass und Personalausweis kann der Bearbeitungsstatus abgefragt werden

Ab sofort steht den Berlinerinnen und Berlinern ein neuer Online-Service zur Verfügung. Seit 1. Februar können Bürgerinnen und Bürger online den Produktionsstatus neu beantragter Ausweisdokumente abfragen. Dazu werden bei der Beantragung im Bürgeramt eine Seriennummer und ein QR-Code generiert. Mithilfe der Seriennummer oder des QR-Codes kann über die Internetseite [www.berlin.de/](http://www.berlin.de/)

**pass-pa-statusabfrage** der Bearbeitungsstand verfolgt werden. Die Behördenrufnummer 115 steht weiterhin zur Verfügung.

Auf Wunsch können Kundinnen und Kunden auch eine E-Mail-Adresse zur Benachrichtigung hinterlegen, dass das Ausweisdokument zur Abholung im Bürgeramt bereitliegt. ■